

Das Hochzeitsgeld der Gemeinden

Von Wolfgang Geigges SK 1.3.72 NK 50

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat sich in einem Punkt geirrt. Noch Ende des vergangenen Jahres versicherte er besorgten Vertretern des Württembergischen Gemeindeverbandes, die Gemeindereform in Baden-Württemberg werde auch in den letzten Wochen vor der Landtagswahl ohne Hektik fortgesetzt werden. Schon acht Wochen später mußte Finanzminister Robert Gleichauf den Regierungschef korrigieren. Das CDU-Kabinettsmitglied klagte dieser Tage in Schramberg über die Torschlußpanik, die jetzt unter den Gemeinden ausgebrochen sei und vielfach zu unüberlegten Zusammenschlüssen führe.

Der Minister traf den Nagel auf den Kopf. Was sich in diesen Tagen zwischen Bodensee und Main abspielt, läßt sich nur noch mit dem Wort Torschlußpanik umschreiben. Für viele Bürgermeister und Gemeinderäte gibt es kein Halten mehr, nachdem feststeht, daß sich die „Politik der goldenen Zügel“ unwiderruflich ihrem Ende zuneigt. Daß dabei Emotionen manchmal eine größere Rolle als Sachentscheidungen spielen, kann bei dieser Hektik nicht ausbleiben. Allein am vergangenen Wochenende fanden in Baden-Württemberg in über 100 Gemeinden Bürgeranhörungen zum Thema Eingemeindung statt.

Den Startschuß zu diesem hektischen Endspurt gab die Landesregierung selbst, nachdem sie sich nach langem Hin und Her endlich dazu durchringen mußte, den bislang großzügig sprudelnden Geldhahn zu

drosseln. Dieser anscheinend recht mutige Schritt so kurz vor der Landtagswahl entpuppt sich indessen bei näherem Hinsehen als ein Akt der Notwehr. Mit anderen Worten: Der Koalition blieb gar keine andere Wahl. Der unerwartete Erfolg der freiwilligen Gemeindereform, die durch die Zuschüsse erst richtig angeheizt wurde, droht nämlich den kommunalen Finanzausgleich zu ruinieren, aus dem die Fusionsprämien abgezweigt werden. Innenminister Krause ging es wie Goethes Zauberberlehrerling: Er wurde die Geister, die er — zunächst vergeblich — rief, nicht mehr los. Bereits Ende des vergangenen Jahres kassierten jene 1000 Gemeinden, die sich bis dahin zusammengeschlossen hatten, ein Sonderhonorar von 110 Millionen DM, das zu Lasten jener 2000 Städte und Dörfer ging, die bisher noch keine Gemeinde-Ehe eingegangen waren. Selbst Krause, der aus verständlichen Überlegungen bis zuletzt gehofft hatte, die Entscheidung über das kostspielige Prämiensystem wenigstens über die Landtagswahl hinaus verschieben zu können, sah schließlich keinen Ausweg mehr, als dem Drängen der CDU nachzugeben.

Damit ist die Regierung jedoch keineswegs aus der Klemme. Sie hat zwar den Termin für die Umstellung auf die „zweite Phase“ der Gemeindereform, wie Krause das abrupte Bremsmanöver diplomatisch umschreibt, jetzt endgültig festgelegt. Doch die „heiratswilligen“ Gemeinden haben immer noch Anspruch auf eine höhere Prämie, sofern die Bürgeranhörung bis zum 2. April stattfindet. Anders ausgedrückt: Da kommen weitere Millionen-Forderungen auf das Land zu.

Krause, der soeben einräumte, in der jetzigen hektischen Phase den Überblick verloren zu haben, rechnet mindestens noch mit „einigen hundert Gemeinden“, die sich die Chance auf die günstigen Prämien nicht entgehen lassen wollen. Und auch Finanzminister Gleichauf sieht schwarz: Er schätzt die Mehrbelastungen vorsichtig auf „einige zehn Millionen DM“. Hinter vorgehaltener Hand nennt man im Finanzministerium bereits konkrete Zahlen. Da ist von 250 bis 300 Millionen DM die Rede. Daß diese enorme Summe nicht ausschließlich zu Lasten der „reformgeschädigten“ Städte und Dörfer gehen darf, liegt auf der Hand. Die kommende Landesregierung wird sich da recht bald etwas einfallen lassen müssen.

Noch rascher aber sollten die Regierungsparteien endlich für klare Verhältnisse bei der Zielplanung sorgen, die einmal das Gerippe der ganzen Gemeindereform abgeben soll. Es geht einfach nicht, daß vernünftige Gemeindegemeinschaften, hinter denen die ganze Bevölkerung steht, von Stuttgarter Ministerialbeamten mit dem Hinweis auf Richtlinien abgelehnt werden, die in Wirklichkeit überhaupt noch nicht vom Kabinett festgelegt worden sind. Mit einer solchen Praxis erhält nicht nur das Demokratieverständnis breiter Kreise, das in manchen Landstrichen durch die Gebietsreform ohnedies schon arg strapaziert wurde, einen neuen Dämpfer. Man erweist damit auch der im Prinzip notwendigen und begrüßenswerten Gemeindereform einen Bärenhändel.